

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/haushaltsstreit-netzentgelte-fuer-strom-verdoppeln-sich/100003317.html> 13.12.2023

Netzentgelte für Strom verdoppeln sich

Die Betreiber der Stromübertragungsnetze erhöhen die Entgelte drastisch. Grund ist die Entscheidung der Ampelregierung zum Haushalt.

Berlin. Die Betreiber der [Strom](#)übertragungsnetze in Deutschland verdoppeln zum Jahreswechsel die Entgelte für die Netznutzung. Die vier Unternehmen – 50Hertz, Amprion, Tennet und Transnet BW – teilten am Mittwoch mit, die Entgelte würden ab dem 1. Januar 2024 von derzeit 3,12 Cent je Kilowattstunde auf 6,43 Cent erhöht.

Grund sei, dass die Bundesregierung einen angedachten Zuschuss für Netzentgelte streichen will. Infolgedessen müssten die Entgelte entsprechend angepasst werden, teilten die Unternehmen in einer gemeinsamen Erklärung mit. Für viele Verbraucher in Deutschland, private wie gewerbliche, bedeutet das: höhere Strompreise.

Die Bundesregierung hatte ursprünglich geplant, zur Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte 2024 einen Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) zu gewähren. So sollten die Entgelte gedrückt und Privathaushalte und Unternehmen entlastet werden.

Aufgrund der geänderten haushaltsrechtlichen Lage nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) sei diese Regelung nun wieder aufgehoben worden, teilten die Unternehmen mit.

Die Entgelte werden über die Stromrechnung eingezogen. Lediglich für bestimmte Großverbraucher gelten Ausnahmeregelungen. Sie zahlen reduzierte Netzentgelte. Große Teile des industriellen Mittelstands und die privaten Verbraucher dagegen trifft die Erhöhung mit voller Härte.

Deutlich höhere Stromrechnung für Haushalte

Für einen durchschnittlichen Haushaltskunden mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden erhöht sich die Stromrechnung damit um 115,85 Euro.

Im Zuge der Energieversorgungskrise des vergangenen Jahres hatte die Bundesregierung bereits einen ersten Milliardenzuschuss gewährt, um die Netzentgelte zu senken.

<https://www.ksta.de/dpa-topthemen/bahn-wechselt-fahrplan-und-erhoeht-preise-699611> 10.12.2023

Bahn wechselt Fahrplan und erhöht Preise

.....

Bahncard künftig nur noch digital

Der Preis für die Bahncard 25 erhöht sich zum Fahrplanwechsel ebenfalls, um drei Euro. Sie kostet dann jährlich 62,90 Euro. Inhaber erhalten mit ihr 25 Prozent Rabatt auf jede gebuchte Bahnfahrt. Der Preis für die Bahncard 50, mit der Einzeltickets halb so viel kosten, bleibt hingegen gleich. Auch bei den Spar- und Supersparpreisen der Bahn ändert sich nichts.

Bald soll es die Bahncards nur noch in digitale Form als Beleg auf dem Smartphone geben und nicht mehr als Plastikkarte. Von sofort an werden keine Probe-BahnCards 25 und 50 aus Kunststoff mehr ausgestellt. Diese sind drei Monate lang gültig. Ab dem zweiten Halbjahr 2024 sollen dann auch die Standard-Bahncards für ein Jahr nicht mehr als Plastikkarte ausgegeben werden.

Mit dem Verzicht auf eine anfassbare Karte spare man „eine Menge Plastik“, sagte die Bahn-Managerin Stefanie Berk. Zudem könne die digitale Variante nicht vergessen werden oder verloren gehen, wenn sie einmal in der Smartphone-App DB Navigator hochgeladen sei. Nach Angaben der Bahn werden pro Jahr 5,1 Millionen Bahncards ausgegeben. 60 Prozent der Bahncard-Kunden nutzen nach Unternehmensangaben bereits jetzt die digitale Form. (dpa)

<https://test.rtde.xyz/wirtschaft/189787-signa-und-kein-ende-liste/> 13.12.2023

Signa und kein Ende – die Liste der betroffenen Sparkassen, Versicherungen und Banken wächst

Vielleicht ist die Signa-Insolvenz gerade noch klein genug, um keinen Dominoeffekt auszulösen. Aber je mehr Gläubiger bekannt werden, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass Signa noch ganz anderes mit sich reißen könnte – sogar die Pensionen bayerischer Beamter.

Inzwischen wird zunehmend klarer, dass die Insolvenz der Signa-Gruppe gewaltige Folgen haben wird. Nicht für Herrn René Benko persönlich, dem zwar nicht mehr ein Vermögen von 5 Milliarden, aber immerhin noch von 2,8 Milliarden Euro zugeschrieben wird, das er vor einem Zugriff der Gläubiger abgesichert hat, aber für Versicherer, Sparkassen und vermutlich noch weitere, bisher unbekannte Gläubiger.

Die Tochtergesellschaft Signa Prime soll nun auch vor einem Insolvenzantrag stehen. Dort sind eine ganze Reihe bekannter Immobilien versammelt, wie das Berliner KaDeWe und der Hamburger Elbtower. Die gesamte Signa-Gruppe soll 30 Milliarden Euro aufgenommen haben. Die Immobilien der Signa Prime werden augenblicklich noch mit 20,4 Milliarden Euro bewertet.

Jetzt wurde bekannt, dass unter den Geldgebern von Signa Prime auch die Bayerische Landesbank, die Bayerische Versorgungskammer, die die Pensionen bayrischer Beamter sichern soll, und die Stadtsparkasse München sind. Zuvor wurde bereits offengelegt, dass auch die Stadtsparkasse Düsseldorf, die Sparkassen von Leipzig, Merzig-Wadern, Siegen, Südwest-Pfalz, Südliche Weinstraße, Rhein-Nahe und die Kreissparkasse Göppingen Verluste zu befürchten haben.

Die Bewertung der Immobilien dürfte sich als fraglich erweisen, da die [Mietverträge](#), die Signa mit den Kaufhäusern schloss, "deutlich über dem Marktniveau" lagen. So schrieben die Oberösterreichischen Nachrichten:

"Im Zuge des Insolvenzverfahrens rund um die Signa-Holding sei es nicht unwahrscheinlich, dass es zu einer pauschalen Abwertung der Signa-Immobilien um beispielsweise 30 bis 40 Prozent komme, um auch einen realistischen Zerschlagungswert im Falle eines Konkurses zu ermitteln."

Beim Alsterhaus in Hamburg habe die Miete 17 Prozent, beim Münchner Oberpollinger 20 Prozent des Umsatzes betragen. Einzig beim KaDeWe wären es nur 13 Prozent gewesen.

Erst im Januar wird vollständig bekannt werden, welche Gläubiger wie viel Geld bei Signa im Feuer haben. Auf jeden Fall wird diese Insolvenz für sie alle beträchtliche Verluste bedeuten und vermutlich einige der beteiligten kleineren Sparkassen die Existenz kosten, sofern ihre Eigentümer, die betreffenden Kommunen, diese Verluste nicht ausgleichen können.

Selbst wenn nicht der schlimmste Fall einer kompletten Zerschlagung der Signa-Gruppe samt ihrer Tochtergesellschaften eintreten würde, für den Der Spiegel mit einem Wertverlust von 90 Prozent [rechnet](#), wird allein durch die unvollständig oder gar nicht gesicherten Kredite der volkswirtschaftliche Schaden groß sein.

<https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/millionen-gebaeude-betroffen-naechster-kosten-schock-fuer-haus-eigentuemer-86405652.bild.html>

13.12.2023

Nächster Kosten-Schock für Haus-Eigentümer

Asbest-Prüfungszwang für ALLE älteren Gebäude + Warnung vor Kosten-Explosion

Die Ampel plant einen Zwang zur Asbest-Prüfung – die Kosten für Heiz-Sanierungen drohen damit zu explodieren! Bis zu 9,4 Millionen Wohngebäude könnten laut IG Bau davon betroffen sein.

Hintergrund: Das Einatmen von Asbestfasern ist krebserregend. !!Das Bundesbauministerium will alle Gebäude, deren Bau vor November 1993 begonnen wurde, zum Asbest-Verdachtsfall erklären, heißt es in einem entsprechenden Referentenentwurf ( BILD berichtete).

Jetzt kommt raus: Auf Eigentümer kommt eine massive Kosten-Welle zu! Auf der Bauministerkonferenz (BMK) haben die Länder massive Kritik an dem Vorhaben geäußert. BILD liegt ein Antrag gegen das Vorhaben vor. (Bezahlschranke)

<https://www.nius.de/Politik/benzin-heizen-fliegen-alles-teurer-ampel-stopft-haushaltsloch-mit-fetter-steuererhoehung-auf-co2/0744b4e3-8e46-45c4-9a56-6c6d5e0d1fc8> 13.12.2023

Benzin, Heizen, Fliegen – alles teurer! Ampel stopft Haushaltsloch mit fetter Steuererhöhung auf CO2!

Der Haushaltsstreit in der Ampel-Regierung ist vorbei – und alle Bürger werden dafür kräftig zur Kasse gebeten.

SPD, Grüne und FDP haben sich auf unterschiedliche Einsparungen im Haushalt und eine Steuererhöhung geeinigt, um das Loch von rund 17 Milliarden Euro zu

stopfen. Bis in die Nacht hatten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) verhandelt.

Auf der einen Seite soll gespart werden, parallel dazu wird aber auch der CO2-Preis um 5 Euro pro Tonne erhöht – eine Steuererhöhung, die die FDP eigentlich kategorisch ausgeschlossen hatte. Eine neue Notlage mit einem Aussetzen der Schuldenbremse soll es nicht geben – gibt es heimlich aber doch.

„Es ist notwendig, dass wir zum 1. Januar des nächsten Jahres auf den Preispfad der Großen Koalition zurückkehren. Wir hatten uns ja ursprünglich vorgenommen, nur um fünf Euro den CO2-Preis zu erhöhen, wären damit unterhalb des Preispfades der Großen Koalition zu erhöhen. Damit werden wir die Bürgerinnen und Bürger nicht überlasten, denn es ist ja der alte Preispfad, auf den sich unser Land vormals schon hat einstellen können“, erklärte Finanzminister Lindner in Berlin.

Notlage heißt jetzt „Überschreitungsbeschluss“

Ursprünglich hätte die Abgabe 2024 um 10 Euro von 30 auf 40 Euro pro Tonne CO2 steigen und rund 10,9 Milliarden Euro mehr in die Kassen des Bundes spühlen sollen – jetzt steigt die CO2-Steuer auf 45 Euro und dürfte weitere 5-6 Milliarden Euro einspielen, die jeder Bürger an der Kasse, beim Heizen und an der Zapfsäule spürt.

Laut DPA will die Ampel zudem eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge einführen – ein Sieg für die Grünen. Auf der Pressekonferenz von Scholz, Habeck und Lindner fiel dazu kein Wort. Auch soll eine Plastiksteuer eingeführt werden.

Zwar sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), die Schuldenbremse würde eingehalten, doch für die Finanzierung der Zuschüsse für die Flut im Ahrtal müsse doch eine Notlage ausgerufen werden, um 2,7 Milliarden Euro rechtlich abzusichern. Statt von einer Notlage war jedoch nur von einem „Überschreitungsbeschluss“ nach Artikel 115 des Grundgesetzes die Rede.

Auch ließ der Kanzler offen, ob bei einer möglichen Eskalation des Krieges in der Ukraine doch noch eine Notlage und ein Aussetzen der Schuldenbremse notwendig werden könnte. Doch nicht nur eine Eskalation des Konflikts könnte als Vorwand dienen, um die „außergewöhnliche Notsituation“ zu erklären. Selbst

die mangelnde Unterstützung anderer Länder schwebt der Koalition als Grund vor. „Die Ukraine muss bekommen, was sie für ihren Verteidigungskampf gegen Russland benötigt“, heißt es in einem SPD-Papier zur Haushaltsentscheidung. „Sollte es hier im nächsten Jahr zu Mehrbedarfen kommen – zum Beispiel weil andere Länder ihre Unterstützung zurückfahren – wird dafür die Ausnahmeregel der Schuldenbremse genutzt. Die Schuldenbremse wird auch in Zukunft nicht als Ausrede dafür herhalten, die notwendige Unterstützung für die Ukraine in Frage zu stellen.“

Die SPD könnte nun an die staatspolitische Verantwortung der Union appellieren, die als einzige Partei vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Haushalt 2024 klagen könnte. Führt die Ukraine-Frage die CSU/CDU in eine politische Sackgasse?

Wirtschaftsminister Robert Habeck erklärte zudem: „Wir werden die Umweltprämie für E-Automobile früher auslaufen lassen.“ Auch bei der Solarindustrie soll es zu Kürzungen kommen – alles, damit weiterhin Geld im sogenannten „Klima- und Transformationsfonds“ bleibt. Insgesamt stehen dem Fonds 2024 12,7 Milliarden Euro weniger zur Verfügung, bis 2027 rund 45 Milliarden Euro weniger.

[https://www.nw.de/lokal/kreis\\_guetersloh/guetersloh/23729450\\_Miele-aus-Guetersloh-beginnt-mit-Bau-des-ersten-Werks-in-den-USA.html#fpluu216xw](https://www.nw.de/lokal/kreis_guetersloh/guetersloh/23729450_Miele-aus-Guetersloh-beginnt-mit-Bau-des-ersten-Werks-in-den-USA.html#fpluu216xw)

13.12.2023

Miele aus Gütersloh beginnt mit Bau des ersten Werks in den USA

Der Gütersloher Haushaltsgerätehersteller möchte ab Ende 2024 in Alabama Herde und Backöfen produzieren. 150 Mitarbeiter sollen beschäftigt werden.

Gütersloh. Miele wird sein erstes Werk in den Vereinigten Staaten von Amerika in der Stadt Opelika im Bundesstaat Alabama betreiben. [Dass Miele in die USA geht, hatte das Familienunternehmen bereits im März angekündigt](#). Der Start der Produktion ist für Ende 2024 geplant. Zunächst sollen 150 Mitarbeiter beschäftigt werden.

Für die Entscheidung, künftig auch in den USA zu produzieren, gibt es einer Mitteilung zufolge mehrere Gründe. So sind die Vereinigten Staaten, wo Miele bereits seit 40 Jahren mit einer Vertriebs- und Servicegesellschaft vertreten ist,

der größte Markt außerhalb Deutschlands. Zugleich sieht das Unternehmen dort viel Potenzial.

Der neue Standort ermögliche die marktnahe Produktion der großvolumigen Herde und Backöfen, die Miele speziell für die USA, Kanada und Mexiko ins Programm genommen hat, heißt es. Später sollen in dem Werk auch die dazu passenden Dunstabzugshauben produziert werden. „Dies reduziert die Lieferzeit von heute bis zu zehn Wochen kundenfreundlich auf wenige Tage und entlastet zugleich das Klima“, wird Stefan Breit, Geschäftsführer Technology der Miele Gruppe, zitiert.

<https://www.nius.de/Wirtschaft/waehrend-die-welt-auf-kernkraft-setzt-startet-niedersachsen-mit-dem-abriss-von-akw-grohnde/1b41e62f-71ef-4619-8df4-3437360085c7> 11.12.2023

Während die Welt auf Kernkraft setzt, startet Niedersachsen mit dem Abriss von AKW Grohnde

Der deutsche Sonderweg wird immer sonderbarer ...

Auf der Weltklimakonferenz in Dubai haben sich rund 20 Staaten für den Ausbau der Atomkraft ausgesprochen – darunter die Industrienationen Frankreich, Japan und die USA. Das Argument: Ohne Kernkraft sei das Ziel einer Klimaneutralität bis 2050 nicht zu erreichen.

Und Deutschland? Hat in diesem Jahr die letzten Kernkraftwerke vom Netz genommen und die Kohlekraftwerke wieder stärker ans Netz gebracht. Und es wird noch irrer: In Niedersachsen feiert der grüne Umweltminister Christian Meyer das endgültige Aus des Atomkraftwerks Grohnde (Landkreis Hameln-Pyrmont).

„Atomkraft ist in Deutschland Geschichte“, wird Meyer zitiert. „Das AKW Grohnde wird nie wieder in Betrieb gehen und jetzt Stück für Stück zurückgebaut. Eine Rückkehr zur Atomkraft wäre unverantwortlich und teuer.“ Der entsprechende Bescheid zur Stilllegungs- und Abbaugenehmigung sei der AKW-Betreiberin Preussen Elektra jetzt zugestellt worden.

Das Atomkraftwerk wurde bereits am 31. Dezember 2021 vom Netz genommen. Bis 2037 soll der Rückbau abgeschlossen sein. Bemerkenswert: Während die

ganze Welt Atomkraftwerke als einen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel sieht, bekämpft die vermeintlich grüne Öko-Partei eben diese Atomkraftwerke.

Die Debatte um das Comeback der Atomkraft hatte zuletzt wieder an Fahrt aufgenommen. Mehrere FDP-Abgeordnete sprachen sich dafür aus, die CDU fordert in ihrem neuen Grundsatzprogramm: „Deutschland kann zurzeit nicht auf die Option Kernkraft verzichten.“ Es sei ein Geist der Technologie-Offenheit notwendig, dazu gehörten auch „Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation“.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) forderte erst in der vergangenen Woche den Neubau von Atomkraftwerken: „Unser Ziel muss sein, tatsächlich neue Kernkraftwerke – kleinere mit einer ganz anderen Energieleistung, mit einer ganz anderen Absorption von möglichem Müll – anzunehmen.“

<https://www.bild.de/politik/2023/politik/rwe-konzern-erhaelt-milliarden-steuergelder-fuer-kohleausstieg-86393134.bild.html> 11.12.2023

Milliarden Steuergelder für RWE

Bahn frei für Milliarden Steuergelder an RWE!

Deutschland darf dem Energiekonzern 2,6 Milliarden Euro staatliche Hilfe für den Kohleausstieg zahlen.

„Mit der Beihilfe wird RWE für die vorzeitige Stilllegung seiner Braunkohlekraftwerke im rheinischen Revier entschädigt“, teilte die EU-Kommission am Montag in Brüssel mit.

Nach dem deutschen Kohleausstiegsgesetz wird ab 2038 kein Strom mehr aus Kohle erzeugt. Die Ampel-Parteien SPD, Grünen und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den Kohleausstieg „idealerweise“ von 2038 auf 2030 vorzuziehen.

Die Entschädigungszahlung hatte Deutschland bereits 2021 bei der Kommission angemeldet, insgesamt geht es um 4,35 Milliarden Euro für zwei Betreiber. 2,6 Milliarden Euro waren für die RWE-Braunkohleanlagen im Rheinland und 1,75 Milliarden Euro für die Leag-Anlagen in der Lausitz vorgesehen.

Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Ausgleichszahlung zugunsten von [RWE](#) zwar eine staatliche Beihilfe darstellt, sie aber notwendig ist, damit RWE



seine Braunkohlekraftwerke auslaufen lassen könne. Der derzeitige Nettowert der entgangenen Gewinne sei höher als der Wert der Entschädigung.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article248937988/EVP-Chef-Weber-will-Verbrenner-Aus-kippen.html> 8.12.2023

EVP-Chef Weber will Verbrenner-Aus kippen

Verbrenner sollen nach 2035 weiter zugelassen werden können, findet der CSU-Spitzenkandidat und Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber. Dazu will er das von der EU beschlossene Verbrenner-Verbot rückgängig machen.

Der CSU-Spitzenkandidat und Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber, will das [Verbrenner-Aus](#) 2035 kippen. „Wenn meine Fraktion nach der Europawahl eine Mehrheit herstellen kann, werden wir das vom Europäischen Parlament in dieser Legislaturperiode beschlossene Verbrenner-Verbot rückgängig machen“, sagte Weber den Zeitungen der Mediengruppe Bayern.

Verbrenner sollen nach 2035 weiter zugelassen werden können, wenn sie CO<sub>2</sub>-neutral – also mit synthetischen Kraftstoffen, sogenannten E-Fuels – betrieben werden. Die EU hat eine Revision der Pläne 2026 vereinbart, bei der auch geprüft wird, wie viele E-Autos und Ladestationen es gibt. „Diese Revision möchte ich nutzen, um diese von Rot und Grün betriebene Entscheidung, die zu massiven Wettbewerbsnachteilen für die EU führt, zu heilen“, sagte Weber.

<https://www.nius.de/News/kosten-fuer-stuttgart-21-steigen-auf-rund-11-milliarden-euro/2a17d6e1-86a1-4956-b68a-f1ba95ea338d> 7.12.2023

Kosten für Stuttgart 21 steigen auf rund 11 Milliarden Euro

Dass die Kosten für das Bahnprojekt Stuttgart 21 wohl erneut steigen, war schon länger klar. Nun steht fest: Das Projekt wird wohl fast zwei Milliarden Euro teurer.

Das Bahnprojekt Stuttgart 21 wird erneut teurer. Wie NIUS aus Aufsichtsrats-Kreisen erfuhr, steigen die Kosten um 1,7 Milliarden Euro auf rund 11 Milliarden Euro an. Grund für die Kostensteigerung seien vor allem gestiegene Baukosten, hieß es. Zuvor hatten mehrere Medien berichtet. Ein Bahnsprecher wollte sich zu den Zahlen nicht äußern.

Zuletzt hatte die Bahn mit Gesamtkosten von 9,15 Milliarden Euro für das Projekt geplant, zuzüglich eines Puffers in Höhe von 640 Millionen Euro. In der Vergangenheit hatte es immer wieder Kostensteigerungen gegeben. Vor Gericht streiten sich die Projektpartner derzeit zudem, wer die Mehrkosten von S 21 bezahlen muss. In einem Finanzierungsvertrag aus dem Jahr 2009 ist nur die Verteilung von Kosten bis zu einer Höhe von gut 4,5 Milliarden Euro geregelt.

Bei einer Sitzung des Lenkungskreises von Stuttgart 21 hatten die Projektpartner jüngst betont, mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen. „Die Indizien, dass wir den Kostenrahmen nicht halten werden können, haben sich soweit verdichtet, dass wir jetzt intern dringend darüber diskutieren müssen“, sagte der Infrastrukturvorstand der Deutschen Bahn, Berthold Huber am vergangenen Freitag. Es seien erhebliche Kostensteigerungen in allen Gewerken zu verzeichnen, so Huber.

Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann sagte, bei einzelnen Ausschreibungen habe es Kostensteigerungen von 100 bis 200 Prozent gegeben. „Wir reißen die bisherigen Pläne auf jeden Fall“, sagte der Grünen-Politiker. ....